

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Dienstauskunft: Tageblatt Riesa.
Sammel-Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Buchdruckerei: Schäppig 21294.
Glockstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 106.

Montag, 9. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Voranzeigung, monatlich 4.— Markt ohne Zusatzgebühr, bei Abholung am Postbüro monatlich 4.10 Markt ohne Zusatzgebühr. Anzeigen bis die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags anzunehmen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Weiters für die 48 zum zweiten, 1. zum dritten und 2. zum vierten Tag 10% Aufschlag. Nachstellung und Verzettelungsschärfe 20 Pf. pro Seite extra. Gewollter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Anspruch steht. Ausstellung- und Erfüllungsort: Riesa. Weisungsrichtige Ausstellungsbüro: "Gräbler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten über den Betriebsunterbrechungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Belastung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionssitz und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethetstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel. Riesa: für Anzeigenstell: Wilhelm Dittfeld, Riesa. Redaktionssitz und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethetstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel. Riesa: für Anzeigenstell: Wilhelm Dittfeld, Riesa.

In Pflicht genommen worden sind die Herren:

1. Gemeindeleiter vom Günter in Podra als Gemeindevorstand,
2. Hausbesitzer Richard Krug in Podra als Gemeindeleiter,
3. Gutsbesitzer Hugo Schumann in Mersdorf als Gemeindevorstand für ihre Wohnorte,
4. Oberverwaltungsleiter Ernst Schuster in Seithain als Gutsvorsteher,
5. Verwaltungsleiter Robert Bachmann in Seithain als stellv. Gutsvorsteher und stellv. Staatsbeamter für den selbständigen Gutsbezirk Tr.-Leb.-Pl. Seithain.

Großenhain, am 4. Mai 1921.

STB of E. 588 b o. Die Amtshauptmannschaft.

Herr Verwaltungsassistent Bruno Müller in Gröba ist als dritter stellvertretender Standesbeamter für den zusammengelegten Standesamtsbezirk Gröba in Pflicht genommen worden.

Gröbenhain, am 4. Mai 1921.

871 d G. Die Amtshauptmannschaft.

Quäkerbesprechungen betr.

Die Amerikanische Kinderhilfkommission hat für den Wohlfahrtspflegeverband Riesa die Durchführung der Quäkerbesprechungen beschlossen. Mit den Sitzungen wird demnächst begonnen werden.

Den Sitzungen können unterenähnliche, stillende und werdende Mütter und vorschulmäßige Kinder teilnehmen.

Dienstags, welche die Quäkerbesprechungen im Auspruch nehmen wollen, werden hiermit aufgefordert, sich zu melden. Die Entgegennahme der Meldungen und die ärztlichen Untersuchungen finden statt:

für Riesa, Mittwoch, den 11. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr, in der Carolaschule, Schularztzimmer, und

für Gröba, Weida, Mersdorf und Podra, Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachmittags 1/2 Uhr, in der Centralschule zu Gröba, Schularztzimmer.

Die vorschulmäßigen Kinder sind durch Angehörige vorgestellt.

Der Rat der Stadt Riesa — Wohlfahrtsamt —, den 7. Mai 1921. Gm.

Bekanntmachung.

Der Einbau von Wassermessern hat eine grundlegende Änderung der Wasserwerksordnung zur Folge gehabt, die vom Gemeinderat wie folgt beschlossen worden ist; was

Der Botschafterrat über Oberschlesien.

Wie "Petit Parisien" mitteilt, hat in der Sitzung des Botschafterrats am Sonnabend ein Botschaftsprotokoll vorgelegen, um angehört der Lage in Oberschlesien zu einer provisorischen Regelung zu gelangen. Die englische Regierung wünscht, daß unverzüglich die südlichen Bezirke Böhmen und Anhalt den Polen und die Bezirke auf dem linken Oderufer Deutschland zugesprochen werden. Der strittige industrielle Bezirk solle indessen unter alliierter Verwaltung bleiben, und in diesen Bezirk sollen sich sämtliche interalliierte Truppen zurückziehen, da es augenscheinlich unmöglich sei, zur Wiederherstellung der Ordnung Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden. Nach dem "Petit Parisien" soll dieser Vorschlag geprüft werden; der Botschafterrat wolle sich am Montag wieder mit ihm beschäftigen. Das Blatt meint jedoch, es sei zweifelhaft, ob es annehmbar erklärt werde, denn durch eine derartige halbe Lösung würde man die Gemüter erregen und außerdem die alliierten Truppen in eine schwierige Lage bringen. Schließlich berichtet "Petit Parisien", daß zwei Vorschläge für die Grenzziehung in Oberschlesien von der Interalliierten Kommission in Oppeln eingegangen sind, ein Bericht von General Le Rond, der sich auf den polnischen Standpunkt stellt, und ein Bericht vom englischen Oberst General und vom italienischen General de Marin, der vorschlägt, daß nur die Kreise Böhmen und Anhalt den Polen zugesprochen werden sollen. Der Botschafterrat hat nunmehr die beiden Berichte an die Interalliierte Kommission zurückgegeben und diese aufgefordert, sie soll versuchen, zu einer einheitlichen Lösung zu gelangen.

Wie der "Tempo" mittelt, hat das militärische Komitee von Warschau den Vorschlag der englischen Regierung, in Oberschlesien die Aufrichterhaltung der Ordnung dadurch sicher zu stellen, daß man das strittige Industriegebiet durch interalliierte Truppen besetzen lasse, die übrigen Gebiete dagegen Polen resp. Deutschland schon jetzt übertrifft, abgelehnt. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergreifen werden könnten, da sich im übrigen auch die Lage in Oberschlesien zu bessern scheine.

Zumeist schreibt im "Tempo", er habe Briefe von einem Generalstabsoffizier aus Polen erhalten, der auf Grund seiner Kenntnis des Landes die französischen Politiker vor einer Kriegsgefahr Illusionen warne. Die Polen seien einzeln genommen nette Leute, aber als Massenbildetnen sei ein beunruhigendes Element. Ihre Einfälle zuerst in Russland, dann in Litauen seien angezettelt, die Auseinandersetzung Frankreichs auf sich zu lenken. Vielleicht könnten die Polen daran erinnert werden, daß das Selbstbestimmungsrecht der Böhmer nicht die Tschechoslowakei in sich schließe, über andere Böller zu beschleben.

Die Lage in Oberschlesien.

Nach den bis gelaufenen 8 Uhr abends in Oppeln eingelassenen Meldungen verläuft die Linie, die von den russischen Besetzern gesetzt wird, vom Norden des Kreises Rosenthal beginnend östlich Grottkau, östlich Bautau, westlich Werdin, östlich Turosa und Krauschow, östlich Malapane und Tarnow, westlich Lischka, östlich Landgraben, sofern längs der Oder bis zur Grenze. In der rein deutschen Stadt Katowitz ist das Standrecht verhängt worden. Jeder Büttel, der mit Waffen angetroffen wird, wird nach dem Befehl der interalliierten Kommission erschossen. Die Stadt Königshütte befindet sich in der Hand der Aufständischen. Nur das Rathaus wird von französischen Truppen besetzt gehalten. Bei Bautau im Kreise Kreuzburg befindet sich ein Angriff der Aufständischen. Wenn möglich müssen diese im Kreise Groß-Strehla von den polnischen Banden wieder gesäumt werden. Die Polen der tschechischen Republik haben gegen

wir den Einwohnern, insbesondere den Haus- und Grundbesitzern, hierdurch zur Kenntnis geben:

Es gilt künftig als Grundlage, daß in jede Ansiedlung ein Wassermesser eingebaut werden muß, da nur noch der nach dem Wassermesser festgestellte Verbrauch bei der Berechnung in Frage kommt. Es ist den Grundstückseigentümern nicht unbemerkbar, auf eigene Kosten Wassermesser einzubauen. Das wird namentlich in solchen Fällen kommen, wo der Besitzer seinen eigenen Verbrauch kontrollieren will. Diese Messer bleiben im Eigentum der Besitzer oder Abnehmer, welche auch für etwaige Instandsetzungen und Unterhaltungen derselben aufkommen müssen. Der angezeigte Verbrauch ist aber für die Wasserwerksverwaltung nicht zulässig.

Die Wassermesserei kommt nunmehr in Wegfall.

Wenn Grundstückseigentümer glauben, Maßnahmen ergreifen zu müssen, die darauf hinauslaufen, den Wasserverbrauch für gebaute Grundstücke zu unterbinden, z. B. Rückfahrten zu überlieferten Formen der Wasserförderung, so werden sie trotzdem mit dem Mindestverbrauch belastet.

Die Steuerung für das verbrauchte Wasser wird jedesmal für ein zurückliegendes Vierteljahr aussortiert und dem Besitzer zugewiesen.

Der Preis für 1 cbm Genuss- oder Wirtschaftswasser oder solches für gartenbauliche oder gewerbliche Zwecke verwendete Wasser, sogenanntes Industriewasser, beträgt 1.20 Pf., wenn der Wassermesser durch die Wasserwerksverwaltung gestellt wird; bei Stellung des Messers durch den Abnehmer beträgt der Preis 1.15 Pf. Für die Bemessung des Wasser- verbrauchs kommen folgende Sätze in Anwendung:

jährlich 0,7 cbm Wasserverbrauch für jedes Quadratmeter Wohnungsfläche,	9,1 . . .
für den Kopf der den Haushalt teilenden Verbraucher bei Wohnungen ohne Spülaboranlage,	12,7 . . .
für den Kopf der den Haushalt teilenden Verbraucher bei Wohnungen mit Spülaboranlage,	14,0 . . .

für 1 qm Gartenland einfalls. alter Wege.

Den Grundstückseigentümern wird anbeigegeben, den Wasserverbrauch nach Mah-

gabe vorliegender Angaben auf die einzelnen Wohnungen umzulegen, doch entbindet die

Mahnung nicht von der Verpflichtung, etwaigen Mehr- oder minderverbrauch im gleichen

Verhältnis nachzuverheben bzw. zurückzuvergütten.

Die vorliegenden Bedingungen gelten bereits für den Verbrauch ab 1. April 1921.

Gröba, Elbe, am 6. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Offizielle Verkündung der Grafschaft an den Kommunikationswegen

Wittichen, den 11. Mai 1921, abends 8 Uhr im Gasthof Wolther.

Weida bei Riesa am 7. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Stunde. Dementsprechend steht auch die Erregung in den deutschen Kreisen. — Da die Erregung der deutschen Bevölkerung in Oppeln wegen eines bevorstehenden Angriffes der polnischen Infanterie überaus groß geworden war, erließ die interalliierte Kommission gestern abend zwei Aufrufe an die Bevölkerung, in deren einem sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnt und verspricht, einen Angriff auf Oppeln mit allen Kräften abzuwehren. Der zweite Aufruf fordert die Flüchtlinge zum Verlassen der Stadt Oppeln auf, wogegen die interalliierte Kommission besondere Bütte bereit stellen wird. — Die im Reichshof in Königshütte untergebrachte polnische Kommandantur hat einen Aufruf erlassen, in dem die Einwohner aufgefordert werden, sich mit polnischen Ausweis zu versehen, die im Reichshof zu haben seien.

Weitere Meldungen zur oberösterreichischen Abkommungspolizei zwecklos.

Vom amtlichen preußischen Presseamt wird mitgeteilt: Bei den Behörden gehen überaus zahlreiche Anfragen wegen freiwilliger Meldung zur oberösterreichischen Abkommungspolizei ein. Die von der interalliierten Kommission ausgestellte Pflichtjahr von Freiwilligen ist jedoch durch Meldungen aus Oberschlesien selbst und aus Niederschlesien bereits vielfach überschritten. So sehr das vorläufige Empfinden der Männer, die sich freiwillig zum Kampf für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien melden wollen, anzuerkennen ist, so muß doch leider daraus hingewiesen werden, daß unter den erwähnten Umständen weitere Meldungen zur Zeit zwecklos sind.

Die polnischen Sozialdemokraten für den Aufstand in Oberschlesien.

Sonnabend abend fand in Warschau eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung der polnischen sozialdemokratischen Partei statt, in der die Sympathie für den Aufstand in Oberschlesien und der Wille, den letzten Blutstrom für Oberschlesien zu vergießen, zum Ausdruck kam. Im Anschluß davon wurde ein Umgang durch die Stadt veranstaltet. Ebenfalls wurde vor dem Schloß Belvedere eine Studentenversammlung abgehalten, bei der eine Kundgebung für Oberschlesien beschlossen und Nieder-

französische Kohlenimperium auf dem Kontinent sei ein Ereignis, das notwendig revolutionär wirken und für England verhängnisvoll sein müsse. Und selbst wenn die Beziehung des Ruhrreviers nicht eintreten sollte, produzierte Frankreich Eisenindustrie infolge der billigen Kohle unter den günstigsten Bedingungen. Angesichts der kräftigen Handelswirtschaft Frankreichs, seiner reichen und wenig ausgenützten Kolonialgebiete und seiner bedeutenden Guthaboten in Deutschland waren das Blatt vor einer Überlehung des französischen Reichs, selbst wenn Frankreich Reparationsrate nicht voll eingehen sollte, und erklärt zum Schlus, es schien alle Voraussetzungen für eine durchgreifende Befreiung in Frankreich gegeben, wenn die Politik nicht auch weiterhin alles verderbe.

Die Resolution Knoz verläßt zurückgekehrt?

Knoz meldet aus Washington, daß jetzt, da die Vereinigten Staaten angenommen haben, sich, inoffiziell im Obersten Rat, in der Reparationskommission und im Botschafterrat vertreten zu lassen, die Führer des Repräsentantenhauses anregen, die Resolution des Senators Knoz, die den Kriegsaufwand mit Deutschland für deidenten erklärt, solange zurückzustellen, bis die größeren Probleme, die aus dem Krieg hervorgegangen sind, geklärt sind. Die Führer des Repräsentantenhauses erklären, daß diese Haltung die Zustimmung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten finde, und, wie einige behaupten, auch die Zustimmung des Präsidenten Harding. — "Chicago Tribune" meldet aus Washington, daß Oberst Hayes ermächtigt werden solle, zu gegebener Zeit dem Obersten Rat einen Antrag auf internationale Abtretung vorzulegen.

Die belgischen Sozialisten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Generalkrat der sozialistischen Partei Belgiens hat die Besetzung über eine eventuelle Belebung des Ruhrgebietes beendet. Eine Entscheidung von Louis de Brouckere, die die Befreiungsmaßnahmen und den Grundsatz der Besetzung des Ruhrgebietes verneint, wurde mit 33 Stimmen angenommen. Eine Resolution des Kammerpräsidenten Deunet, die die Befreiungsmaßnahmen billigt, erlangte nur 27 Stimmen. Der Brüsseler "Tempo"-Korrespondent glaubt, daß infolge dieser Abstimmung die vier sozialistischen Minister das Kabinett verlassen würden, sodass also mit einer Ministerkrise gerechnet werden könnte. — Ein sozialistischer Minister erklärt dem "Soviet", daß er und seine sozialistischen Kollegen auch gegen die Besetzung Frankreichs gestimmt hätten, daß sie aber trotzdem nicht zurückgetreten wären, weil gewisse Fragen der inneren Politik ihr Verhältnis erforderlich gemacht hätten.

Der französische Arbeiterverband gegen die Sanctionen.

Der Allgemeine Arbeiterverband C.G.T. hat den Nationalrat auf den 12. und 13. Mai nach Paris zusammenberufen, um gegen die Politik der Sanctionen Stellung zu nehmen. Der Verwaltungsrat will auf neue eine praktische Lösung der Probleme suchen, die zu einem wahren Frieden führen solle, außerdem will er sich nochmals mit dem Wiederaufbauprogramm beschäftigen.

Eine neue Rede Lloyd George.

Über den Kohlenstreik äußerte sich Lloyd George in einer Rede in Maidstone folgendermaßen: Die Staatskasse hat die Konsole über die Bergwerke aufgehoben, da die Bergarbeiter höhere Löhne verlangten, sodass sich schließlich ein nachteiliger Saldo ergab. Seiner Meinung nach sei die gegenwärtige Organisation der Bergwerke zu kostspielig. Lloyd George führt dann aus, daß er die Sanktionen habe, bei Deutschland die jetzt Millionen